

Worum es geht: Die AfD hat in der Enquete nicht nur einen deutlich weitergehenden Kurs des Staats- und Bürokratierückbaus vertreten („Kettensäge statt Nagelschere“), sondern zahlreiche konkrete Vorschläge aus Gesprächen mit Mittelständlern, Unternehmern und Verbänden eingebracht. Dieses Papier stellt nüchtern gegenüber, welche dieser Instrumente später im Abschlussbericht der Enquete oder in Initiativen von CSU/FREIEN WÄHLERN bzw. der Staatsregierung wiederzufinden sind.

1. Zentrale AfD-Forderungen – Gegenüberstellung

AfD-Forderung / Instrument	Im Abschlussbericht der Enquete	Später bei CSU/FW/ Staatsregierung
Aufgabenkritik vor Behörden- und Stellenabbau	Ja: HE 2 verlangt umfassende Aufgabenkritik, Abbau von Doppelstrukturen und anschließende Einsparungen.	Später mehrfach Leitmotiv der Modernisierungsgesetze und Verwaltungsreformen.
Staatsquote / Staatsapparat senken	Ja: HE 1 fordert eine erhebliche Senkung der Staatsquote.	Nur teilweise: keine 25%-Verkleinerung des Apparats
Praxischecks für neue Regeln	Ja: Praxis- und Digitalchecks sollen Standard werden; Wirtschaftsregeln auf Praxistauglichkeit prüfen.	Später ebenfalls in Entbürokratisierungs- und Modernisierungsvorhaben aufgegriffen.
Genehmigungsfiktionen	Ja: verstärkte Anwendung ausdrücklich empfohlen.	Später u. a. im bayerischen Bauturbo wiederzufinden.
„Vertrauen vor Kontrolle“ / Stichproben	Ja: flächendeckende risikobasierte Verwaltung mit Stichproben.	Später z. B. Feuerbeschau, Förder- und Nachweisverfahren stärker risikoorientiert.
Melde-, Berichts-, Dokumentationspflichten abbauen	Ja: reine Meldepflichten ohne Folgewirkung abschaffen; Auslaufen bestehender Pflichten prüfen.	4. Modernisierungsgesetz und weitere Entbürokratisierungsmaßnahmen bauen Berichtspflichten ab.
Beauftragtenstrukturen reduzieren	Ja: prüfen, bündeln, auf Mindestmaß reduzieren.	Teilweise in Rechtsbereinigung und einzelnen Strukturereformen aufgegriffen.
Bürokratiemeldeportal	Ja: öffentliches Meldeportal nach österreichischem Vorbild.	Später weitere Initiativen zur digitalen Erfassung von Bürokratieproblemen.
One-Stop-Government / Once-Only	Ja: zentraler Zugang und einmalige Dateneingabe als Leitprinzip.	Später Registermodernisierung, Onlineportal und Förderplattformen mit gleichem Grundgedanken.
Register, Once-Only, KI und Standard-IT	Ja: Register digitalisieren und verknüpfen; EfA/ Standardsoftware vor Sonderlösungen; KI, „Digital Only“ und medienbruchfreie Prozesse.	CSU/FW-Initiativen zu Registermodernisierung/ Once-Only; 5. Modernisierungsgesetz und weitere Anträge greifen KI und vollautomatisierte Verfahren auf.

2. Bau, Wirtschaft, Landwirtschaft, Soziales, Wissenschaft und Förderung

AfD-Forderung / Instrument	Im Abschlussbericht der Enquete	Später bei CSU/FW / Staatsregierung
Flexiblere Vergabe / ganzheitliche Vergabe	Ja: gewerkeweise oder ganzheitliche Vergabe erleichtern; Planungsleistungen flexibler behandeln.	Später im Bau- und Vergaberecht sowie bei Beschleunigungsinitiativen wiederzufinden.
Bauen im Bestand / Nutzungsänderung erleichtern	Ja: Erweiterung, Änderung, Nutzungsänderung und Erneuerung von Bestandsbauten erleichtern.	Bayerischer Bauturbo 2026 greift erleichterten Umbau und Ersatz bestehender Gebäude auf.
Mitarbeiterwohnungen in Gewerbegebieten	Ja: im Abschlussbericht ausdrücklich erleichtern.	Thematisch in späteren Bauvereinfachungen anschlussfähig; keine vollständige AfD-Lösung.
Abstandsflächen / Nachverdichtung	Ja: Abstandsflächen reduzieren, Abweichungen für Nachverdichtung/ Aufstockung.	Bauturbo und Modernisierungsgesetze enthalten weitere Bauvereinfachungen.
Behörden-Abstimmungsrunden statt serieller Prüfung	Ja: Bauaufsicht soll alle beteiligten Stellen zusammenrufen können.	Spätere Beschleunigungsvorhaben verfolgen Parallelisierung und kürzere Verfahren.
Behörden-Abstimmungsrunden statt serieller Prüfung	Ja: Bauaufsicht soll alle beteiligten Stellen zusammenrufen können.	Spätere Beschleunigungsvorhaben verfolgen Parallelisierung und kürzere Verfahren.
Digitale Baugenehmigung („Digital Only“)	Ja: bis 2030 bayernweit nur noch digital, mit Hilfsangeboten für Offliner.	CSU/FW-Antrag Drs. 19/9992 fordert „Digital Only“ für bauaufsichtliche Verfahren.
Risikoorientierte Umwelt- und Brandschutzprüfung	Ja: mehr Verhältnismäßigkeit, weniger Vollkontrolle.	3. Modernisierungsgesetz: risikoorientiertere Feuerbeschau, reduzierte UVP-Pflichten.
Gold-Plating vermeiden	Ja: in Wirtschaft/Datenschutz klarer Grundsatz; konkrete Endfassungen teils nicht von AfD mitgetragen.	Modernisierungsgesetze nutzen landesrechtliche Spielräume; kein vollständiger Systemwechsel.
Modellkommunen / regulatorische Reallabore	Ja: im Abschlussbericht als Modellkommunen/-landkreise mit temporären Ausnahmen.	BayMoG 2026 schafft Modellregionen mit befristeten Freistellungen von Landesrecht.
Pauschalierung bei Förderungen	Ja: weniger Kleinstförderungen, mehr Pauschalen und standardisierte Angaben.	„Verwaltung entbürokratisieren“ und Modernisierungsgesetze vereinfachen Nachweise/Fördervollzug.
Digitale Förderplattform / Förder-One-Stop-Shop	Ja: zentrale staatliche Plattform, ggf. KI-gestützt, vollständige Digitalisierung.	Spätere Digital- und Förderinitiativen greifen Plattform- und KI-Logik auf.

AfD-Forderung / Instrument	Im Abschlussbericht der Enquete	Später bei CSU/FW/ Staatsregierung
Landwirtschaft: digitale Anträge / Once-Only	Ja: Digitalisierung, weniger Doppelangaben, Beratung vor Sanktion.	Spätere Digital- und Förderinitiativen greifen Plattform- und KI-Logik auf.
Landwirtschaft: digitale Anträge / Once-Only	Ja: Digitalisierung, weniger Doppelangaben, Beratung vor Sanktion.	Staatsregierung baut digitale Agrarverfahren aus; Bericht nennt FAL-BY und elektronischen Mehrfachantrag.
Landwirtschaft: Bagatellgrenzen / Stichproben	Ja: Bericht dokumentiert Bagatellgrenzen und stichprobenartige Prüfungen.	In Vollzug und Förderpraxis bereits teilweise umgesetzt.
Vereinsfeste auf landwirtschaftlichen Flächen	Problem und Entlastungsbedarf im Bericht ausdrücklich aufgegriffen.	Weitere Ehrenamtsentlastungen bestehen, aber nicht jede AfD-Einzelforderung ist umgesetzt.
Soziales: weniger Vollkontrolle, einheitliche Fristen/ Nachweise	Ja: Stichproben, zügigere Handhabung, Bündelung von Zuständigkeiten.	CSU/FW-Reihe „Verwaltung entbürokratisieren“ greift ähnliche Sozialverwaltungs-Vereinfachungen auf.
Kita-Apps / digitale Einwilligungen	Ja: Kita-Apps als zentrale Schnittstelle; digitale Hinterlegung von Einverständnissen.	Spätere CSU/FW-Anträge zu Kita-Apps folgen derselben Logik.
Doppelte Sprachstandserhebungen vermeiden	Ja: Doppelstrukturen abbauen, Datenabgleich erleichtern.	Spätere CSU/FW-Initiativen greifen genau diesen Punkt auf.

BESONDERS AUSSAGEKRÄFTIGE CHRONOLOGIE

3. Sonderwirtschaftszonen, Reallabore und Modellregionen

Der auffälligste zeitliche Gleichlauf: Die AfD brachte das Instrument regulatorischer Reallabore deutlich vor der späteren CSU/FW-Regelung ein. Das spätere Bayerische Modellregionengesetz verwendet denselben Grundmechanismus: zeitlich befristete Freistellungen von bestimmten landesrechtlichen Vorgaben in ausgewählten Regionen, Erprobung im Realbetrieb und anschließende Übertragbarkeit erfolgreicher Lösungen. Die weitergehende AfD-Idee echter Sonderwirtschaftszonen mit Steuer- sowie Bundes-/EU-Ausnahmen wurde dagegen nicht übernommen.

09.04.2024 AfD Drs. 19/1727 Sonderwirtschaftszone „Bayerisches Chemidreieck“: wirtschaftliche Freiräume und Bürokratieabbau.	10.07.2025 AfD Drs. 19/7521 „Reallabore für Bayern“: Landes-Reallabore-Gesetz, Öffnungs-/Experimentierklauseln, vereinfachte Prüfungs-, Zulassungs- und Förderverfahren.	23.09.2025 CSU-Ankündigung Modellregionen in jedem Regierungsbezirk; landesrechtliche Vorgaben sollen zeitweise ausgesetzt werden.
09.10. / 13.11.2025 Landtag CSU/FW lehnen den AfD-Reallabore-Antrag zunächst in Ausschuss und Plenum ab.	10.02.2026 CSU/FW Drs. 19/9967 Gesetzentwurf Bayerisches Modellregionengesetz: befristete Freistellungen; mindestens eine Modellregion je Regierungsbezirk.	08. / 16.05.2026 BayMoG Verkündet am 8. Mai, in Kraft seit 16. Mai 2026.

4. Modernisierungsgesetze, Bauturbo und weitere CSU/FW-Vorhaben

- **1. und 2. Modernisierungsgesetz (2024):** Schnittmengen mit AfD-Positionen, u. a. bei erleichterten Bauverfahren, geringeren Auflagen, verfahrensfreien Vorhaben, Nebentätigkeiten und Abstandsflächen.
- **3. Modernisierungsgesetz (2025):** deutliche zeitliche und inhaltliche Überschneidungen bei Bauvereinfachung, risikoorientierter Feuerbeschau, reduzierten UVP-Pflichten sowie vereinfachten Verwendungsnachweisen.
- **4. Modernisierungsgesetz (2026):** deutliche Überschneidungen beim Abbau von Berichts- und Evaluationspflichten, bei Rechtsbereinigung, Bau/Landesplanung und technischen Detailvorgaben.
- **5. Modernisierungsgesetz (Entwurf 2026):** starke Überschneidungen mit KI-gestützter bzw. vollautomatisierter Verwaltung, vereinfachten Nachweisen, höheren Vergabeschwellen und stärkerem Vertrauensprinzip.
- **Bayerischer Bauturbo (Drs. 19/13090):** Wohnungsbau als überragendes öffentliches Interesse, erleichterter Umbau/Ersatz, Brandschutzvereinfachungen und Genehmigungsfiktionen – starke Schnittmenge mit früheren AfD-Bauinstrumenten.
- **CSU/FW „Digital Only“ Bauaufsicht (Drs. 19/9992):** digitales Baugenehmigungsverfahren als Regelverfahren – deckt sich in der Zielrichtung mit der zuvor dokumentierten AfD-Forderung.
- **CSU/FW-Reihe „Verwaltung entbürokratisieren“:** insbesondere Registermodernisierung/Once-Only, Sozialverwaltung, Förderpauschalen, Kita-Apps, Sprachstandserhebungen, Fachkräfteanerkennung sowie Kita-Bau/-Betrieb wurden gegengeprüft.

„Bei einer Reihe konkreter Instrumente kann die AfD schriftlich nachweisen, dass sie diese früher beantragt oder in die Enquete eingebracht hat und dass dieselben oder sehr ähnliche Instrumente später Mehrheitsposition der Enquete oder Bestandteil der Regierungspolitik wurden.“

5. Was die AfD weitergehend forderte – und was nicht oder nur teilweise wiederzufinden ist

- Verkleinerung des bayerischen Verwaltungsapparats um 25 Prozent.
- Auflösung bzw. Zusammenlegung des Digital-, Umwelt- sowie Wissenschaftsministeriums und Neuverteilung der Aufgaben.
- Beamtenstatus grundsätzlich auf hoheitliche Kernaufgaben konzentrieren.
- Verbindliches One-in-one-out mit Sanktionen für Ressorts sowie weitergehende Sunset-Regeln.
- Genereller Stopp neuer Förder- und Subventionsprogramme statt nur Vereinfachung des Vollzugs.
- Weitergehender Rückbau von Bundes- und EU-Bürokratie einschließlich Abschaffung zentraler Klima-, Lieferketten-, Nachhaltigkeits- und Energie-Regelwerke.
- Allgemeiner Rechtsanspruch auf analoge Verwaltungsverfahren und Barzahlung bei Verwaltungsleistungen.
- Blockchain als technische Basis für Register- und Verwaltungsarchitektur.
- 75/25-Zielstruktur Wissenschaft/Verwaltung an Hochschulen und weitergehender Abbau gesetzlicher Beauftragtenstrukturen.
- Echte Sonderwirtschaftszonen mit weitergehenden wirtschaftlichen Freiräumen über das BayMoG hinaus.

6. Von der AfD eingebrachte bzw. gewonnene Sachverständige und Impulse

- **Prof. Dr. Philipp Bagus (persönlicher Berater des argentinischen Präsidenten Javier Milei):** libertäre, staatskritische Reformperspektive; weniger staatliche Eingriffe, Abbau von Berichtspflichten, Genehmigungsfiktionen und systematischer Regulierungsrückbau.
- **Prof. Dr. Thorsten Polleit (Präsident des Mises-Instituts):** Deregulierung im Hochschulwesen, mehr Autonomie, weniger Beauftragtenpflichten, standardisierte digitale Verfahren und eine deutlich schlankere Verwaltungsstruktur. Die Personaldaten illustrieren seine Kritik: 2022 kamen an privaten Hochschulen 78 Studenten auf einen Professor und 44 auf einen Verwaltungsmitarbeiter, an staatlichen Hochschulen 55 beziehungsweise 14. In Bayern waren 2024 insgesamt 63.010 Beschäftigte (49,9 %) wissenschaftlich-künstlerisch tätig; 63.187 (50,1 %) gehörten zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Dienst. Polleit forderte eine 75/25-Zielstruktur zugunsten des wissenschaftlichen Personals; diese Quote wurde nicht beschlossen.
- **Dr. Barbara Kolm (frühere Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank):** mehr Eigenverantwortung, Sunset-Klauseln, Regulatory Budgets und institutioneller Wettbewerb; österreichische Perspektive auf Deregulierung.
- **Alejandro Cacace (argentinischer Staatssekretär für Deregulierung):** argentinische Deregulierungserfahrungen: systematische Regelungsereinigung, Strukturabbau und die Milei-Logik radikaler Staatsmodernisierung.

Ärztlicher Sachverständiger: Ein Beispiel für übermäßige Dokumentation waren 17-seitige Weiterbildungsnachweise, doppelte Dateneingaben und bis zu 48-seitige digitale Notarztprotokolle. Vorgeschlagen wurden KI-Spracherkennung, elektronische Todesbescheinigungen sowie einfachere Reha- und Regressverfahren. Der Abschlussbericht empfiehlt insbesondere KI-gestützte ärztliche Dokumentation, die elektronische Todesbescheinigung und entsprechende Verfahrensvereinfachungen.

Unternehmensberater mit internationaler Erfahrung in der Beratung von Regierungen und öffentlichen Verwaltungen: Er schlug ressortübergreifende Exekutiv-Boards, 100-Tage-Projektteams, Leistungsboni und kompetenzbasierte Beförderungen vor. Entsprechende Grundgedanken finden sich im Abschlussbericht bei stärkerer Eigenverantwortung, messbaren Zielvereinbarungen sowie leistungsorientierter Vergütung und Beförderung wieder. Die Exekutiv-Boards und 100-Tage-Teams wurden nicht ausdrücklich übernommen.

Warum die AfD so viele konkrete Vorschläge eingebracht hat: Die Fraktion hat ihre Arbeit eng mit Unternehmern, Mittelständlern und Verbänden rückgekoppelt und zahlreiche Positionspapiere und Praxiserfahrungen systematisch in die Enquete getragen. Der Ansatz war zweigleisig: radikaler Staats- und Regulierungsrückbau als politische Leitlinie – und zugleich sehr konkrete, sofort umsetzbare Vereinfachungen im Landesrecht und im Verwaltungsvollzug.

7. Zusammenfassung

- Die AfD vertrat in der Enquete den deutlich weitergehenden Kurs: nicht nur Verfahren optimieren, sondern Aufgaben, Behörden, Programme und ganze Regelungskomplexe streichen.
- Gleichzeitig brachte sie zahlreiche sehr konkrete Maßnahmen ein. Viele dieser Instrumente finden sich später in den gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Enquete oder in Reformvorhaben von CSU/FREIEN WÄHLERN und Staatsregierung wieder.
- Besonders aussagekräftig ist die Chronologie bei Reallaboren und Modellregionen: AfD-Antrag im Juli 2025, CSU-Ankündigung im September 2025, Ablehnung des AfD-Antrags im Herbst 2025, eigenes BayMoG der Koalition 2026.

Quellen (Auswahl): Enquete-Abschlussbericht Drs. 19/13272; AfD Drs. 19/1727, 19/7521, 19/9257; CSU/FW Drs. 19/9967, 19/9992; Modernisierungsgesetze Drs. 19/3023, 19/3617, 19/6494, 19/8568, 19/12911; Bayerischer Bauturbo Drs. 19/13090; einschlägige Beschlüsse der Reihe „Verwaltung entbürokratisieren“.